

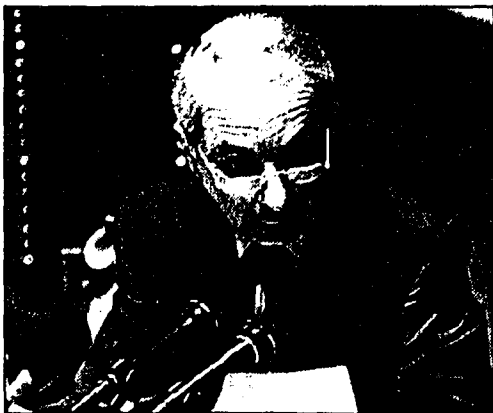
## NACHRICHTEN

**Bauernkundgebung in Brasilien**

RIO DE JANEIRO: Der Beginn von landesweiten Protestaktionen der landlosen Bauern hat in Brasilien mindestens 100 Verletzte gefordert. Unter ihnen seien Dutzende von Frauen und Kindern, meldeten brasilianische Medien am Mittwoch unter Berufung auf eine Bilanz der Polizei. Bei der gewaltsamen Unterdrückung einer Kundgebung im südöstlichen Staat Parana seien am Dienstag zudem rund 400 Landwirte festgenommen worden. Zur Befreiung einer besetzten Landstrasse in Parana hatte die Polizei den Angaben zufolge Tränengas, Schlagstöcke und Gummigeschosse eingesetzt. Angehörige der linksgerichteten «Bewegung der Landlosen» (MST) hielten am Mittwoch weiterhin Dutzende von öffentlichen Einrichtungen im ganzen Land besetzt, darunter auch in den Metropolen Rio de Janeiro, Brasília und São Paulo.

**Sieben UNO-Soldaten in Sierra Leone getötet**

NEW YORK/FREETOWN: Rebellen in Sierra Leone haben nach UNO-Angaben mindestens sieben Blauhelmsoldaten getötet. In mehreren Teilen des Landes hielten Kämpfe zwischen UNO-Truppen und Rebellen an, sagte am Mittwoch eine UNO-Sprecherin in New York. Der UNO-Sicherheitsrat trat zu einer weiteren Dringlichkeitssitzung zusammen, um zu beraten, ob angesichts des offensichtlichen Bruchs des Waffenstillstands im westafrikanischen Bürgerkriegsland die 8700 UNO-Soldaten umgehend verstärkt werden oder ob die UNO ihre Mission abbrechen soll. Zuvor hatte ein Sprecher der UNO-Mission in Sierra Leone laut einer in New York verbreiteten Erklärung erklärt, ehemalige Bürgerkriegsrebellanten hielten an drei verschiedenen Orten in Sierra Leone insgesamt 49 UNO-Mitarbeiter als Geiseln fest. Zuerst war die Zahl der Entführten mit 20 angegeben worden. Unterdessen wurde aus Freetown bekannt, dass etwa 100 indische UNO-Soldaten das Haus des Rebellenführers Foday Sankoh umstellt haben. Sankohs Revolutionäre Vereinigte Front (RUF) war als Ergebnis von Friedensverhandlungen in die Regierung aufgenommen worden.

**Amato gewann Vertrauensdebatte**

ROM: Italiens designierter Ministerpräsident Giuliano Amato hat die letzte Hürde bewältigt. Am Mittwochabend gewann er die Vertrauensabstimmung im Senat. Für die neue Mitte-Links-Regierung stimmten 179 Senatoren, dagegen 112. Zwei Senatoren enthielten sich. Der Ausgang der Abstimmung war erwartet worden, da die Regierungskoalition Amatos im Senat über eine solide Mehrheit verfügt.

**Präsidentenwahl in Ungarn**

BUDAPEST: Ungarns Regierungsparteien haben am Mittwoch ihren Kandidaten für die anstehenden Präsidentschaftswahlen bekannt gegeben. Demnach soll der 69-jährige Professor für Rechtswissenschaften, Ferenc Madl, für das höchste Staatsamt kandidieren. Dies gaben der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban namens des konservativen Bundes Junger Demokraten (FIDESZ) und der Vorsitzende der rechts-populistischen Kleinlandwirte-Partei (FKGP), Jozsef Torgyan, an einer Pressekonferenz in Budapest bekannt. Das ungarische Parlament wird Ende Mai oder Anfang Juni den Nachfolger des gegenwärtigen liberalen Staatspräsidenten Arpad Göncz wählen, dessen zweite Amtszeit im August zu Ende geht. Madl, der ungarndeutscher Herkunft ist, ist ein Vertreter des moderaten Flügels im national-konservativen Lager. In der ersten frei gewählten Regierung nach der Wende bekleidete er das Amt eines ressortfreien Ministers, dann das des Kultusministers.

# Elf Jahre nach der Tragödie

Gestern begann in Holland der Lockerbie-Prozess gegen mutmassliche Attentäter

CAMP ZEIST: Mehr als elf Jahre nach dem Anschlag auf ein US-Passagierflugzeug über Lockerbie hat in den Niederlanden der Prozess gegen die zwei mutmasslichen Attentäter begonnen. Den beiden Libyern wird Mord, Mordkomplott und Verletzung der Luftverkehrssicherheit vorgeworfen.

Der Jumbo der US-Fluggesellschaft PanAm war am 21. Dezember 1988 auf seinem Flug von London nach New York von einer Bombe in Stücke gerissen worden. Alle 259 Insassen starben. Zudem wurden elf Einwohner des schottischen Ortes durch herabstürzende Trümmerteile getötet.

Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen wurden zum Prozessbeginn die Anklagepunkte verlesen. Die beiden Tatverdächtigen Abdel Bassit Ali el Mikrahi und Amin Chalifa Fuheima sind durch einen kugelsicheren Glaskasten geschützt.

**Corpus Delicti: Schweizer Timer**

Die zwei Libyer bezeichnen sich seit jeher als unschuldig. In einem Dokument der Verteidigung, das von einem Justizbeamten vorgelesen wurde, kündigten die Anwälte Beweise dafür an, dass die Volksfront für die Befreiung Palästinas-Generalkommando (FPLP) von Achmad Dschibril hinter dem Anschlag stecke.

Ausserdem nannten sie einen mutmasslich in das Attentat verwickelten FPLP-Verantwortlichen, Abu Talb, und eine andere palästinensische Gruppe mit der englischen Abkürzung PPSF. Als Corpus Delicti gilt ein Timer der Zürcher Firma Mebo, welcher die Bombe zur Detonation gebracht haben soll. Mebo-Firmenchef Edwin Bollier, der als Zeuge vorgeladen ist, be-



Abdel Bassit Ali el Mikrahi und Amin Chalifa Fuheima sollen für den Absturz der Pan Am Maschine vor über elf Jahren auf das schottische Städtchen Lockerbie verantwortlich sein. Neben allen Flugzeuginsassen kamen auch elf Einwohner durch herabstürzende Trümmer ums Leben. (Bild: Keystone)

streitet die Version der Anklage ebenfalls. Das in Schottland gefundene Fragment einer Leiterplatte stamme nicht aus einer 1985 an Libyen gelieferten Charge, erklärte er wiederholt gegenüber den Medien.

**Version der Anklage**

Laut Anklageschrift sollen die beiden ehemaligen Agenten des libyschen Geheimdienstes die Bombe mit dem Mebo-Timer auf Malta in einen Radiorecorder eingebaut und dann in einem Koffer über die Flughäfen in Frankfurt und London in die Unglücksmaschine geschmuggelt haben. Der Prozessauftakt fand unter grossem Publikumsandrang statt. Viele Angehörige der vor allem aus den USA stam-

menden Opfer, Angehörige der beiden Angeklagten und Medienleute aus aller Welt wollen miterleben, wie die Justiz den Anschlag und seine Hintergründe aufarbeitet.

**Gaddafi will Urteil akzeptieren**

Unterdessen erklärte der libysche Staatsführer Muammar el Gaddafi, er werde das Urteil gegen seine beiden Landsleute akzeptieren. Es sei aber ausgeschlossen, dass dem ganzen libyschen Staat in Camp Zeist der Prozess gemacht werde. In einem Interview mit dem britischen Fernsehsender Sky News wies er erneut jegliche Verantwortung seines Landes für den Anschlag zurück. Der 48-jährige Abdel Bassit Ali el

Mikrahi und der 44-jährige Amin Chalifa Fuheima waren am 5. April vergangenen Jahres von Libyen in die Niederlande ausgeliefert worden. Zuvor war der Forderung Gaddafis entsprochen worden, den Prozess auf neutralem Boden stattfinden zu lassen. Mit der Auslieferung erreichte Gaddafi die Aufhebung der internationalen Sanktionen gegen sein Land.

Die ehemalige US-Militärbasis Camp Zeist wurde für die Dauer des Verfahrens zu schottischem Territorium erklärt. Der Prozess selbst findet nach schottischem Recht statt. Das Gericht unter dem Vorsitz des schottischen Richters Ranald Sutherland dürfte in rund einem Jahr sein Urteil fällen.

## Mugabe will Weisse um Hälfte ihres Besitzes enteignen

HARARE: Simbawes Präsident Robert Mugabe will Hälfte des Bodens der weissen Landbesitzer enteignen und an Schwarze verteilen. Dies kündigte Mugabe in Harare bei der Bekanntgabe seines Programms für die anstehenden Parlamentswahlen an.

Zugleich lehnte es der Staatschef am Mittwoch ab, den schwarzen Kriegsveteranen zu befehlen, die besetzten weissen Ländereien zu verlassen. Inzwischen forciert Grossbritannien die Waffenlieferung an das afrikanische Land ein.

Falls den Weissen die Enteignung eines Teils ihres Landes nicht gefalle, könnten sie das Land jederzeit verlassen, erklärte der Präsident. «Keiner soll glauben, dass wir die alten Kämpfer zum Rückzug auffordern werden – ausser, wir haben unser Land zurückbekommen.»

Vor wenigen Tagen hatte Mugabe schon angekündigt, die Voraussetzungen für die Enteignung weisser Farmer ohne finanzielle Entschädigung schaffen zu wollen. Seit Februar haben Veteranen des Unabhängigkeitskrieges und Anhänger der Regierungspartei ZANU-PF rund tausend Farmen besetzt.

Bei dem anhaltenden Konflikt in Simbabwe sind bisher mindestens 18 Menschen getötet worden, unter ihnen auch Oppositionelle. Beobachter vermuten, dass Mugabe mit dem Konflikt die Chancen seiner Partei bei den Wahlen verbessern will. Am Mittwoch setzte Grossbri-

tannien die Regierung von Simbabwe mit einem Stopp der Lieferung von militärischen Gütern unter Druck. Alle neuen Anträge für den Export von Waffen oder anderem militärischen Material in das süd-afrikanische Land würden abgelehnt, sagte Aussenminister Robin Cook im Parlament in London.

Auch eine Lieferung von 450 Geländewagen an die Polizei von Simbabwe sei bereits verboten worden. Premierminister Tony Blair versicherte dem Unterhaus am Mittwoch, Grossbritannien werde

eine Landreform in Simbabwe nur dann finanziell unterstützen, «wenn die Gewalt und die illegalen Farmbesetzungen beendet werden».

In London hatten sich die Minister des Commonwealth am Montag besorgt über anhaltende Gewalt und Enteignungen in Simbabwe gezeigt. Die Ministeriale Aktionsgruppe des Commonwealth (CMAG) forderte freie und faire Wahlen in dem südafrikanischen Land und erklärte sich bereit, ein Team von Wahlbeobachtern zu entsenden.



Simbawes Präsident hat zum Auftakt des Wahlkampfes angekündigt, dass er die Hälfte Bodens von weissen Grundbesitzer enteignen möchte.

**NORWEGEN**

### Grösster Arbeitskampf

OSLO: In Norwegen sind am Mittwoch rund 85 000 Arbeitnehmer in einen unbefristeten Streik getreten und haben weite Bereiche des öffentlichen Lebens lahmgelegt. Es ist der grösste Arbeitskampf in Norwegen seit 1986. Die sozialdemokratische Regierung erklärte, sie wolle derzeit nicht in den Arbeitskampf eingreifen. Die Streikenden fordern höhere Löhne und bessere Möglichkeiten in der Fortbildung.

In der Vorwoche hatten die Gewerkschaften ein Angebot der Arbeitgeber über Lohnerhöhungen von 3,5 bis vier Prozent für 2000 abgelehnt. Vom Streik waren unter anderem die Baubranche, das Hotelgewerbe, Speditionen und Druckereien betroffen. In einigen Supermärkten wurden nach Hamsterkäufen Lebensmittel knapp.

Die Förderung von Erdöl- und Erdgas war nach Angaben der staatlichen Erdölgesellschaft Statoil nicht beeinträchtigt. Allerdings kam es bei der Abfertigung grosser Öltanker zu Schwierigkeiten.

Berufspendler mussten kilometerlange Umwege um die Fjorde in Kauf nehmen, da sich die Mitarbeiter der nationalen Fährbetriebe am Ausstand beteiligten. Ebenfalls vom Streik betroffen sind 86 Hotels, vor allem in der Hauptstadt Oslo, deren Angestellte nicht zum Dienst erschienen.